

Autonomie anstatt Abhängigkeit

FLUCHT Der Nationale Flüchtlingsrat kritisiert die Regierung

Yves Greis

Der Luxemburger Flüchtlingsrat wirft der Regierung und den Verwaltungen vor, wenn es um die Integration von Geflüchteten geht, nicht genug zu handeln und wertvolle Zeit zu verlieren.

Der Luxemburger Flüchtlingsrat (ein Zusammenschluss mehrerer Organisationen) zieht traditionell am Weltflüchtlingstag, dem 20. Juni, eine Bilanz und stellt in diesem Jahr wieder der Regierung und den Verwaltungen keine gute Note aus. Die Regierung habe nicht den politischen Mut, um bis an die Grenzen dessen zu gehen, was sie sich selbst in Sachen Autonomie und Integration der Geflüchteten auf die Fahne geschrieben hat.

Als Beispiel führt der Flüchtlingsrat das „Projet d'accompagnement“ aus dem Jahre 2015 auf. Das Projekt sah eine Reihe sozialer oder gesellschaftlicher Aktivitäten vor, die mit einer Erhöhung der zuerkannten Geldmittel einhergingen. Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, das Projekt bei der nationalen Umsetzung der EU-Direktive über Asylbewerber zu berücksichtigen. Am Ende sei es jedoch nicht mit einbezogen und schlussendlich komplett aufgegeben worden.

Der Staatsrat hatte die entsprechende Gesetzespassage zwar im Detail kritisiert, allerdings grundsätzlich nicht gut gefunden, so der Flüchtlingsrat. Die Kritik dieser Institution dürfe aber nicht der Grund dafür sein, das „Projet d'accompagnement“ nun aufzugeben.

Die Integration der Geflüchteten sei für die Autoritäten offenbar keine Priorität, meint Flüchtlingsratsmitglied Sergio Ferreira



Nonna Sehovic (Caritas), Sandrine Gashonga (Amnesty International) und Sergio Ferreira (ASTI) vertreten ihre Organisationen im Luxemburger Flüchtlingsrat

(ASTI). Familienministerin Corinne Cahen schiebe eine vermeintliche Flüchtlingswelle, die es zu bewältigen gelte, bevor man an Integration arbeiten könne, nur vor. Flüchtlingsratsmitglied Nonna Sehovic (Caritas) zeigt sich sehr enttäuscht vom „Parcours d'intégration accompagnée“ – also dem Plan der Regierung zur Integration von Asylbewerbern. Der Plan enthalte in keiner Weise neue Elemente. Auch seien die Organisationen, die auf dem Gebiet aktiv sind (also die Mitglieder des Flüchtlingsrates), nicht konsultiert worden, als der Plan ausgearbeitet worden sei. Die Flüchtlinge lebten in Lu-

xemburg in einer starken Abhängigkeit, anstatt autonom ihr Leben organisieren zu können. Viele könnten nicht selbst Essen kaufen, sondern würden mit Gerichten versorgt. Andere hätten keinen Zugang zu einer Küche. Diese Abhängigkeit bestehe in den langen Monaten, in denen das Prüfungsverfahren laufe.

Kritik übt der Flüchtlingsrat auch daran, wie mit Flüchtlingskindern verfahren wird. Die schulische Bildung sei ein „großes Problem“ in Luxemburg, sagt Sandrine Gashonga von (Amnesty International). Die geflüchteten Kinder würden oft nicht mit einheimischen Kindern in Kon-

takt kommen, seien in speziellen Klassen untergebracht oder würden gar in den Asylbewerberunterkünften unterrichtet. Der Flüchtlingsrat fordert, dass dies geändert wird. Die Kinder müssten mit anderen Kindern Kontakt haben. Der Flüchtlingsrat ist sich bewusst, dass es für die Gemeinden und die Schulen natürlich keine leichte Aufgabe ist, wenn mitten im Schuljahr neue Schüler hinzukämen oder gar eine ganze Gruppe Flüchtlingskinder gleichzeitig. Darum fordert der Rat, dass den Gemeinden mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden und dass Lehrer spezielle Fortbildungen erhalten.

Die Zahlen

- Weltweit gibt es rund 22,5 Millionen Flüchtlinge
- Die meisten von ihnen kommen aus: Syrien (5 Mio.), Afghanistan (2,5 Mio.) und dem Südsudan (1,4 Mio.)
- Die Länder, die am meisten Geflüchtete aufnehmen: Türkei (2,9 Mio.), Pakistan (1,4 Mio.), Libanon (1,6 Mio.), Uganda (940.000), Iran (900.000), Äthiopien (700.000) (Quelle: LFR)

Gegen Erhöhung der Gebühren und Schließungen von Filialen

UNION LUXEMBOURGEOISE DES CONSOMMATEURS 9.500 Unterschriften für Petition

Der Luxemburger Konsumentenschutz setzt seine Kampagne gegen die Erhöhung von Gebühren und die Schließung von Filialen unvermindert fort. Besonders die Post und die Sparkasse sind im Visier, da sie dem Staat gehören.

Wer 3 Euro an Gebühren zahlt, wenn er eigenes Geld von seinem Postscheckkonto abheben will, dürfte Probleme haben, damit einverstanden zu sein. Für die Luxemburger Verbraucherschutzvereinigung „Union luxembourgeoise des consommateurs“ (ULC) ist dies Abzocke. So führte sie ein weiteres Beispiel an, bei dem für ein schlafendes Konto 117 Euro Verwaltungskosten verrechnet wurden. Die ULC wirft besonders der Luxemburger Post und der „Banque et caisse d'épargne de l'Etat“ vor, überhöhte Gebühren zu verlangen, um Zinsverluste auszugleichen und um immer mehr Kunden in das E-Banking zu drängen. Dabei würde besonders auf die Bedürfnisse von älteren Menschen oder schutzbedürftigen Personen absolut keine Rücksicht genommen. Hinzu kommt, dass sowohl die Post als auch die Sparkasse immer mehr Filialen



Guy Fettes, Guy Goedert, Präsident Nico Hoffmann, Marcel Laschette

schließen und ihren Kunden daher immer längere Wegstrecken auferlegen. „Mehr Kosten für weniger Leistungen“, fasst ULC-Präsident Nico Hoffmann das Vorgehen zusammen. So sei es erklärtes Ziel der Post, bis zum Jahre 2025 nur mehr über 15

Agenturen zu verfügen. Bei der Sparkasse könne man von der gleichen Entwicklung ausgehen, so Nico Hoffmann. Er fordert die Politik dazu auf, einzugreifen. Ganz besonders gelte dies für die Post und die Sparkasse, die beide dem Staat gehören. Bislang je-

doch sei von politischer Seite wenig zum Thema zu hören. Aus diesem Grunde werde die ULC ihre Kampagne gegen dieses Vorgehen von Post und Banken auch fortsetzen. Ein Teil der Kampagne ist eine entsprechende Petition, die inzwischen bereits von

9.500 Menschen im Lande unterschrieben wurde. Dies ist möglich unter www.ulc.lu. Im Bereich Roaming vertritt die ULC den Standpunkt, dass nicht alles Gold sei, was glänzt. Erstens sei es falsch, so zu tun, als seien alle Roaming-Kosten abgeschafft worden. Und zweitens würden die Operateure mit neuen Tricks versuchen, die fehlenden Gelder durch andere Tarife wieder auszugleichen. Besonders dem Betreiber Tango wirft man aggressives Vorgehen in dieser Sache vor. So sei den Kunden in einem Schreiben mitgeteilt worden, dass alle Kontrakte nach dem 15. Juni keinen Bestand mehr hätten. Dafür würde man neue Tarife mit mehr Megabytes anbieten. Das sei illegal, so die ULC. Sie vertritt den Standpunkt, dass Tango hier einen bestehenden Vertrag vollständig aufkündigt und durch neue Bestimmungen vollständig ersetzt. Ein entsprechendes Gesetz aus dem Jahre 2011 lasse zwar vertragliche Änderungen zu. In diesem Fall jedoch würde ein völlig neuer Kontrakt zustande kommen, der ohne die Unterschrift des Kunden ausdrücklich keine Rechtsgültigkeit habe, wie die ULC-Vertreter unterstreichen.

SeK